

MAI 2008

Deutsche Feuerwehr-Zeitung

Offizielles Organ des Deutschen Feuerwehrverbandes | Reinhardtstraße 25 | 10117 Berlin
 Kontakt über: Telefon 030.288848800 | Fax 030.288848809 | info@dfv.org | www.dfv.org



ÖBFV und DFV: Engere Kooperation auf EU-Ebene geplant



Erfahrungsaustausch in Wien (von links): Ralf Ackermann, Bernd Pawelke, Ludwig Geiger, Hartmut Ziebs, Hans-Peter Kröger, Ulrich Behrendt, Dr. Friedrich Perner, Anton Brandauer, Hans-Peter Schäfer, Johann Huber. Es fehlen Manfred Seidl und Markus Ebner. (Foto: R. Römer)

Zum jährlichen Erfahrungsaustausch trafen sich Vertreter des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes (ÖBFV) unter der Leitung von Präsident Manfred Seidl und des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) mit Präsident Hans-Peter Kröger unlängst in Wien. Ein wichtiger Punkt des Meinungsaustausches war das Fahrerlaubnisrecht bei Fahrzeugen der Feuerwehren bis 3,5 Tonnen zulässiger Gesamtmasse. Der Sachstand in Deutschland sieht derzeit folgendermaßen aus: Der Präsidialrat des DFV hat die unbedingte Notwendigkeit der Vorhaltung eines Fahrzeugs von bis zu 3,5 Tonnen.

Gesamtmasse beschlossen. Eine aus dem Gremium heraus gebildete Arbeitsgruppe hat strategische Ansätze zusammengefasst, die auf der Herbstsitzung des Präsidialrates diskutiert werden sollen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung (AFKzV) hat erklärt, dass sich der AFKzV nochmals mit der Angelegenheit beschäftigen wird. Seitens des ÖBFV wurde die Angelegenheit mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Die weitere gegenseitige Information ist selbstverständlich; eine gemeinsame europäische

Initiative (etwa mit Zielgruppe der deutschsprachigen EU-Parlamentarier) ist zu überlegen.

Anschließend informierte DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann über die Idee und die Umsetzung der Vertretung der deutschen Feuerwehren bei der Europäischen Union in Brüssel, die vor kurzem eröffnet wurde. Der DFV lädt den ÖBFV zur Zusammenarbeit und zu Veranstaltungen ein, um einen »gemeinsamen Brückenkopf« bei der EU zu ermöglichen. Seitens des ÖBFV wurde dies mit großem Interesse angenommen.

Weitere Gesprächspunkte waren die Zertifizierung der Landesfeuerwehrschulen in Österreich, der Entwicklungsstand im Bereich Rauchwarnmelder mit Weckfunktion für die Bevölkerung sowie ein Erfahrungsaustausch der Jugendfeuerwehrverbände auf Bundesebene. Auch im Bereich der internationalen Katastrophenhilfe stellten die Verbandsvertreter die jeweiligen Systeme vor. Derzeit besteht laut ÖBFV-Präsident Manfred Seidl für die österreichischen Feuerwehren keine Rechtsgrundlage für den Einsatz außerhalb Österreichs. Das nächste Treffen der beiden Verbände findet vom 30. April bis 2. Mai 2009 in Celle statt. (rö/sda)

115 – eine Nummer für alle Behörden

Mit der Behördenrufnummer 115 soll allen Bürgern künftig eine einzige Telefonnummer für Verwaltungsangelegenheiten gegeben werden, unabhängig davon, welches Amt das Anliegen konkret bearbeiten soll. Im Einzelnen bedeutet dies: Egal ob Termin beim Standesamt, Fragen zu Formularen, der Müllabfuhr oder zum Rentenbescheid – Ratsuchende müssen sich nur diese eine Nummer merken.

Zudem sollen hiermit auch die Fachbereiche in der Verwaltung entlastet werden: Anrufe, die sofort abschließend beantwortet werden können, machen schätzungsweise einen Anteil von 80 Prozent aus. Die Behördenrufnummer 115 soll in drei Ebenen – Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltung – strukturiert werden. Die Erreichbarkeit der Servicecenter ist zunächst im Zeitraum von 7.00 bis 21.00 Uhr geplant.

Nach derzeitigem Kenntnis- und Planungsstand wird die Behördenrufnummer 115 keine Auswirkungen auf die Notrufe 110 oder 112 haben. Das bedeutet, dass Berührungspunkte des Projekts D115 und des etablierten europaweiten Notrufs 112 sowie der 110 nur in der ähnlichen Ziffernabfolge bestehen. Auch ist nicht geplant, die 115 kostenfrei anzubieten.

Weitere Informationen zur Behördenrufnummer gibt es im Internet unter www.d115.de. (pix)

10. Jahrestag ICE-Unglück Eschede »Hilfe für Helfer« damals und heute

Beim ICE-Unglück in Eschede am 3. Juni 1998 waren 2000 haupt- und ehrenamtliche Einsatzkräfte aus einem Umkreis von etwa 200 Kilometer im Einsatz. Erstmals nach einem Großschadenereignis wurde ein umfangreiches und dauerhaftes psychosoziales Unterstützungsangebot für die Einsatzkräfte etabliert. Mit Mitteln des Bundes und des Landes Niedersachsen sowie später auch der Deutschen Bahn AG konnte eine »Koordinierungsstelle Einsatznachsorge« eingerichtet werden, die eineinhalb Jahre für die Helfer und ihre Angehörigen da war.

Was wurde in Eschede zur Einsatznachsorge gemacht?

Weil vor zehn Jahren die psychosoziale Prävention im Einsatzwesen noch in den Kinderschuhen steckte, war den Helfern von Eschede sehr wenig über Belastungsreaktionen bekannt. Viele waren beunruhigt und sich selbst fremd, denn sie konnten ihre Reaktionen wie Schlafstörungen, Konzentrationsprobleme, Niedergeschlagenheit, Alpträume etc. nicht einschätzen. Wichtigste Aufgabe der Einsatznachsorge war deshalb die Entlastung durch Information. In den ersten drei Wochen wurden überwiegend Nachbesprechungen in Gruppen (Debriefing) bei den betroffenen Rettungsdiensten, Feuerwehren und Polizeien oder auch in Gemeindehäusern durchgeführt. Daneben gab es in den ersten Wochen und Monaten danach kontinuierlich Einzelberatungen und Informationsveranstaltungen. Eine Helfer-Hotline war eineinhalb Jahre rund um die Uhr erreichbar. Einigen Einsatzkräften wurde weiterführende Hilfe zu den regionalen Beratungseinrichtungen oder zu Trauma-Experten vermittelt.

Eine weitere Aufgabe der Koordinierungsstelle Einsatznachsorge war die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, um für das Thema »Hilfe für Helfer« zu sensibilisieren. Auch die Vorbereitung der Gedenkveranstaltung zum ersten Jahrestag in Eschede war Aufgabe der Nachsorge. Die Eschede-Nachsorge wurde von Anfang an wissenschaftlich evaluiert; sie diente als Modell für die Entwicklung von Konzepten für zukünftige Katastrophenschutzpläne.

Sowohl die akute, als auch die längerfristige Einsatznachsorge nach dem ICE-Un-

glück wurde breit akzeptiert. Etwa 700 Helfer, also ein Drittel der eingesetzten Kräfte, nahm eine Beratung an. Einen wesentlichen Anteil an dieser Akzeptanz hatte das so genannte Peerprinzip. Mehr als 80 Prozent der Helfer für die Helfer waren geschulte Kollegen oder Kameraden. So konnte rasch eine Vertrauensbasis entstehen.

Die meisten Einsatzkräfte von Eschede hatten einen hohen Gesprächsbedarf, denn niemand ging aus diesem Einsatz unbeeinträchtigt heraus. Der Anteil schwerwiegender Belastungsfolgen, die sich – wie zu erwarten war – erst Monate nach dem Unglück zeigten, beträgt etwa sechs Prozent. Dazu gehören schwerwiegende Krisen, vor allem in der Partnerschaft und Familie. Einige Helfer haben eine Psychotherapie gemacht, bei einzelnen wurde eine Berufsunfähigkeit attestiert. Ein Eschede-Helfer hat sich 2004 das Leben genommen. Bei diesen gravierenden Auswirkungen ist allerdings davon auszugehen, dass der Eschede-Einsatz nicht die alleinige Ursache war.

Was geschah in den Jahren danach als Hilfe für Helfer?

Die Eschede-Einsatznachsorge löste im Einsatzwesen großes Interesse an psychosozialen Themen aus. Bundesweit wurden Nachsorge-Teams gebildet, sodass heute auf zahlreiche qualifizierte Peers und psychosoziale Fachkräfte im Einsatzwesen (wie Seelsorger, Ärzte, Psychologen etc.) zurückgegriffen werden kann. Weiterhin wurde durch die Eschede-Einsatznachsorge deutlich, dass die psychosoziale Unterstützung der Helfer, aber auch von Überlebenden und Angehörigen und weiteren Betroffenen, bei Großschadenlagen in die bestehenden Führungs- und Organisationsstrukturen implementiert werden muss. Besonders wichtig ist dabei, keine Sonderwege zu gehen, sondern für eine gute Eingliederung in die bestehenden Strukturen zu sorgen. Konzepte zum psychosozialen Krisenmanagement entstanden und werden seither weiterentwickelt. Gleichzeitig entfalteten sich durch die Eschede-Nachsorge viele Forschungsaktivitäten, denn zahlreiche Fragen taten infolge der Arbeit vor Ort auf. Kernfragen waren die nach Häufigkeit und Schwere von Einsatzbelastungen und nach effekti-

ven Bewältigungsmöglichkeiten sowie nach der Wirksamkeit des Debriefing.

Was sind die wichtigsten aktuellen Forschungserkenntnisse?

1. Einsatzkräfte sind stärker psychisch belastet als der Durchschnitt der Bevölkerung.
2. Um die Rate psychischer Belastungen und Erkrankungen möglichst gering zu halten, reicht ein einmaliges Entlastungsgespräch nach einem belastenden Ereignis nicht aus.
3. Wirksame psychosoziale Prävention ist umfassender. Sie erfordert kontinuierliche Beschäftigung mit psychosozialen Themen, allerdings ohne zu dramatisieren, ein Klima der sozialen Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit, die kontinuierliche Verfügbarkeit von Unterstützung (kompetente psychosoziale Ansprechpartner), optimale Arbeits- und Organisationsstrukturen und Teamzusammensetzungen, Integration von psychosozialen Themen in die Grundausbildung und Fortbildung, ein Umdenken unter Einsatzkräften und Führungskräften: Professionelles Handeln im Einsatzwesen bedeutet auch, auf die körperliche und psychische Gesundheit zu achten.

Was muss in Zukunft geschehen?

Weil die psychosoziale Notfallversorgung ein junges Fachgebiet ist, sind zur Einsatzpsychologie noch zahlreiche Fragen offen, so dass auch zukünftig die Forschung im Einsatzwesen einen hohen Stellenwert erhalten muss. Über die einzuführenden Qualitätsstandards sind sich die Experten weitgehend einig. Ungelöst ist die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass die jeweils aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse die Praxis des Einsatzwesens erreichen. Eine Herausforderung der Zukunft ist es somit, effektive und verbindliche und gleichzeitig breit akzeptierte Wege der Qualitätssicherung zu finden.

Weitere Infos:

www.bbk.bund.de; www.einsatzkraft.de;
www.Psychosoziale-notfallversorgung.de;
www.gesundheit-im-einsatzwesen.de;
www.notfallseelsorge.de

(Dr. Jutta Helmerichs, BBK, psychosoziale Notfallversorgung)

Forum Brandschutzerziehung in Hanau

Neue Ideen für die Arbeit, die methodische Fortbildung und den Erfahrungsaustausch in der Brandschutzaufklärung und Sicherheitserziehung: Das finden Feuerwehrangehörige, pädagogische Fachkräfte, Experten von Versicherungen sowie andere Interessierte beim Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung am Freitag und Samstag, dem 14. und 15. November 2008. Der große Fachkongress des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (vfdb) findet in bewährter Weise in diesem Jahr in Hanau (Hessen) statt.

Erwartet werden wieder interessante Beiträge zu allen aktuellen Themen der Brandschutzaufklärung wie etwa Tipps zur Brandschutzerziehung im Kindergarten und an der Schule, Brandschutzaufklärung für Menschen mit Behinderungen sowie für Seniorinnen und Senioren.

Der Frühbuche Preis bis zum 31. August 2008 beträgt 98 Euro, danach kostet die Teilnahme 118 Euro. Im Preis sind Tagungsgetränke, Mittagsverpflegung und der Kennenlernabend am Freitag mit Büfett und Programm enthalten. Das Forum findet im Bürgerhaus Wolfgang, Schanzenstraße 8, 63457 Hanau-Wolfgang, und in der benachbarten Robinson-Grundschule statt.

Der Tagungsort liegt verkehrsgünstig am Hanauer Kreuz und ist ebenso über den ICE-Bahnhof Hanau gut zu erreichen. Für die Teilnehmer werden günstige Hotelkontingente in Hanau zum Selbstbuchen angeboten. Das Forum beginnt am 14. November 2008 um 14.00 Uhr und endet am 15. November 2008 gegen 15.00 Uhr.

Mit der Terminankündigung rufen vfdb und DFV auch dazu auf, Themen für die Workshops des Forums anzumelden. »Unser Forum lebt von der Vielfalt und dem Ideenreichtum der Brandschutzaufklärung in Deutschland«, betonen DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann und Veranstaltungsleiter Dr. Volker Meyer. Im »Call for papers« haben alle Interessierten die Möglichkeit, sich mit ihrem Thema als Referent für das Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung zu bewerben.

Teilnehmer sowie interessierte Referenten können sich im Internet unter www.brandschutzaufklaerung.de anmelden. Dort finden sie auch die regelmäßig aktualisierten Veranstaltungsinformationen.

Ein besonderer Dank der Veranstalter gilt der Feuerwehr Hanau, welche die Ausrichtung des Forums übernommen hat und die Veranstaltung organisatorisch unterstützt. Zur Fachtagung werden mehr als 200 Teilnehmer erwartet. (sda)

ARBEIT AM GEMEINSAMEN EUROPA



(Foto: Hugues-Marie Duclos)

Feuerwehr-Führungskräfte aus 25 europäischen Ländern trafen sich auf Initiative des französischen Feuerwehrverbandes FNSPF unlängst zum Symposium »Europa und die Feuerwehr und Rettungsdienste« in Paris. »Unser Ziel ist es, den Erfahrungsaustausch zu fördern, um die Systeme unserer Nachbarn besser kennen zu lernen und Verbesserungsmöglichkeiten mitzunehmen«, erklärte FNSPF-Präsident Richard Vignon.

DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann (Foto) stellte das deutsche System vor. Auch die Feuerwehrstrukturen aus Frankreich, Großbritannien, Österreich, Tschechien und Portugal wurden präsentiert. Probleme etwa mit der Tagesverfügbarkeit von Einsatzkräften oder der Mitgliederwerbung wurden länderübergreifend festgestellt.

Michel Barnier stellte den Bericht »Für eine europäische Katastrophenschutztruppe: europe aid« vor. Gemeinsam mit Dennis Davis, dem Vertreter der britischen Feuerwehren, plädierte Ackermann dafür, dass die EU stärker auf die vorhandenen Einsatzressourcen zurückgreifen solle. Auch die bestehenden Hilfsmechanismen der UNO sowie die bilateralen Vereinbarungen zwischen europäischen Ländern gelte es zu nutzen.

(FNSPF/sda)



Mit der Frage »Wie kann Deutschland die griechischen Feuerwehren unterstützen?« befasste sich eine Gesprächsrunde im Auswärtigen Amt in Berlin. Daran nahmen aus Griechenland Vertreter des griechischen Zivilschutzes, der Berufsfeuerwehren und einer Stadt teil. Die Gesprächspartner von deutscher Seite kamen aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium. Die Interessen der Länder vertrat der Vorsitzende des Ausschusses für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung der Innenministerkonferenz (AFKzV) gemeinsam mit Vertretern der Bundesländer und einem Vizepräsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes. (ra)

»Kommunales Jahr der Feuerwehr« in Schleswig-Holstein

Im Rahmen des »Kommunalen Jahres der Feuerwehr« will der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag in jeder Gemeinde mindestens eine Aktion durchführen, um neue Mitglieder für die Feuerwehren zu gewinnen, die Feuerwehrleute zu motivieren und für die Feuerwehren und ihre Leistungen zu werben. Das Projekt, das unter dem Motto »1 000 Aktionen für eine sichere Zukunft« steht, stellte Landesbrandmeister Detlef Radtke bei der gemeinsamen Tagung von Präsidialrat und Beirat des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) vor.

Er begrüßte das Engagement des Gemeindetages und verwies darauf, dass die Gemeinden als Träger des Brandschutzes für die Einsatzbereitschaft ihrer Feuerwehren in technischer und personeller Hinsicht verantwortlich sind. »Nur wenn es gelingt, durch Aktionen auf die Menschen zuzugehen und für das Ehrenamt in der Feuerwehr zu werben, hat Schleswig-Holstein eine Chance, das flächendeckende Hilfeleistungssystem »Feuerwehr« langfristig zu erhalten.«

In dem Beschluss ruft der Gemeindetag seine mehr als 1 000 Mitglieder auf, an dieser mit dem Landesfeuerwehrverband abgestimmten Aktion mitzuwirken. Diese baut auf der seit zwei Jahren laufenden Image- und Werbekampagne des Landesfeuerwehrverbandes auf und übernimmt deren Kernelemente. Ziel sei es, landesweit 1 000 Aktionen durchzuführen. Zu den Aktionsvorschlägen gehören unter anderem



die Veranstaltung eines »Mitmach-Tages« in jeder Gemeinde, eine Einwohnerversammlung zum Thema »Sichere Zukunft für die Gemeinde«, die Veröffentlichung einer Leistungsbilanz der Feuerwehr, Gespräche mit Arbeitgebern für eine unkomplizierte Freistellung von Feuerwehrleuten für den Einsatz, die Gründung einer neuen Jugendfeuerwehr, gezielte Aktionen zur Ansprache von Frauen zur Unterstützung der DFV-Jahresaktion »Frauen am Zug« und die Altersanalyse des Aktivenbestandes gemeinsam mit der Feuerwehr.

Feuerwehr-Image- und Werbefilm

Die Feuerwehren des Landes Schleswig-Holstein präsentieren unter der Federführung der schleswig-holsteinischen Jugendfeuerwehr erstmals einen eigenen Werbe- und Imagefilm mit Kino-Niveau: »Gemeinsam sicher!« wurde in einer Startauflage von 2 000 Exemplaren im April kostenfrei an alle Feuerwehren und Jugendfeuerwehren des Landes verteilt.

Schleichender Mitgliederschwund durch die demografische Entwicklung, geändertes Freizeitverhalten und gestiegene Flexibilität am Arbeitsplatz machen es nötig, dass die Feuerwehren mit neuen Werbemitteln auf »das schönste Hobby der Welt« hinweisen müssen. Mit Unterstützung des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein und der schleswig-holsteinischen Sparkassen wurde eine interaktive DVD erstellt, auf der neben einem zwölfminütigen Haupttrailer sieben Themenbausteine angesteuert werden können: Jugendfeuerwehr, Ausbildung, Frauen in der Feuerwehr, Brandschutzerziehung, Unfallversicherungsschutz, Tipps zur Öffentlichkeitsarbeit und Einsatzspekren.

Die Feuerwehren sollen den Streifen vorrangig in Schulen und Kindergärten, aber auch bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen einsetzen. Ein derartiges Filmprojekt der Feuerwehren ist in Deutschland bisher einmalig – das unterstrich auch DFV-Präsident Hans-Peter Kröger bei der Uraufführung.

Zu beziehen gibt es den Film beim Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, www.feuerwehrversand.de, Telefon 0228.953500.

Weitere Informationen zu beiden Projekten gibt es beim Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein, Holger Bauer, E-Mail: Bauer@LFV-SH.de.

(H. Bauer/sda)

Seminar »Brandschutzerziehung mit Menschen mit Behinderung«

Brandschutzerzieher ohne Vorkenntnisse im Bereich der Behindertenhilfe sind die Zielgruppe für das Seminar »Brandschutzaufklärung und -erziehung mit Menschen mit Behinderung«, das die Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (federführend) und der Deutsche Feuerwehrverband in Zusammenarbeit mit der niederländischen Stiftung »Rvarium« durchführen.

Vom 23. Mai 2008 (14.00 Uhr) bis 24. Mai (15.00 Uhr) werden folgende Inhalte behandelt: spezielle didaktische und methodische Grundlagen, Einblicke in die Lebenswelt der Menschen mit Behinderung,

Kontaktaufnahme mit Einrichtungen, Retten von Menschen mit unterschiedlichen Arten von Behinderung im Brandfall, Grundsätze der Brandschutzerziehung mit Übungen und Fallbeispielen, Fragestunde und Erfahrungsaustausch. Die Teilnehmenden sollen in die Lage versetzt werden, nach dem Seminar die vermittelten Werkzeuge und Hilfsmittel zur Durchführung der Brandschutzaufklärung und -erziehung mit Menschen mit Behinderung weiter zu entwickeln und anzuwenden.

Maximal 70 Personen können an dem Seminar im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen teilnehmen. Das Seminar ist ab-

wechselnd mit Vorträgen und als Gruppenarbeit mit Diskussion und Fragestunde strukturiert. Pro Person kostet die Teilnahme mit Übernachtung 150 Euro (Einzelzimmer, nur begrenzt verfügbar) bzw. 140 Euro (Doppelzimmer). Ohne Übernachtung fallen 95 Euro Seminargebühr an. Die Anmeldung erfolgt unter der Internetadresse www.brandschutzaufklaerung.de (Veranstaltungen, Seminar Mai 2008); Anmeldeschluss ist der 15. Mai 2008. Bei Rückfragen steht Dr. Volker Meyer per Telefon 06581.996148, Telefax 06581.996147 oder E-Mail: v.meyer@brandschutzaufklaerung.de zur Verfügung. (sda)